



im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE im Bezirkstag Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/227214

Mobil: 0159 01038312

Mail: brigitte@freihold-windsberg.de

Haushaltsrede 2017

16. Dezember 2016, Brigitte Freihold, DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort. Freigabe ab 16.12.2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

der „Bezirkstag Pfalz verabschiedet „Etat der Super-Sparsamkeit“..... so könnte die Schlagzeile in der morgigen Ausgabe der Rheinpfalz lauten.

Tatsächlich titelte die Rheinpfalz schon im Jahr 1967, also vor 50 Jahren, ihren Artikel zur Haushaltsplanung im Bezirkstag auf diese Weise.

Leider muss man konstatieren, dass die Konzeption des 2017er Haushaltes mehr Retrospektive als zukunftsweisende Planung ist – die Überschrift in der Zeitung wäre auch heute noch aktuell. Denn der Haushaltsplan 2017 orientiert sich insbesondere bei den Ausgaben und Aufwendungen an den Rechnungsergebnissen der Vorjahre und verzichtet auf die planmäßige Fortschreibung von Hochrechnungen vergangener Jahre.

Mit dieser neuen Herangehensweise wird erreicht, dass die geplante Nettoneuverschuldung im Finanzhaushalt mit rund 350.000 Euro erstaunlich gering ausfällt. Insbesondere bei den Personalaufwendungen führt die Anpassung an die tatsächlichen Ergebnisse von 2015 zu einer deutlichen Abflachung der Aufwendungen. Dieser Effekt wird noch verstärkt durch das um zwei Jahre erhöhte Pensionseintrittsalter, wodurch weniger Rückstellungen in 2017 zahlungswirksam werden. Dazu kommen Kürzungen beim Bauunterhalt und äußerst bescheidene Investitionen für Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden. Der Haushalt 2017 ist auf Kante genäht, er enthält keine Spielräume, z.B. bei einer ungeplanten Erhöhung der Personalaufwendungen oder sonstigen überplanmäßigen Ausgaben.

Dennoch hat es, wie im letzten Jahr auch, letzter Stand der Zahlen, nicht zum vorgeschriebenen Haushaltsausgleich gereicht. Der politische Gestaltungsraum ist nun auch im Bezirksverband im Gefängnis der schwarzen Null gelandet, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hätte es, gerade im Jubiläumsjahr, nach der historischen Rückschau, nicht eines zukunftsgerichteten und zukunftsfesten Haushaltsplans bedurft, zumindest mal einer „Vision 2020“?

Im Hintergrund steht die Zusage der Landesregierung, ein Gesamtdefizit im Ergebnishaushalt von 3,5 Millionen zu tolerieren, falls es sich dabei um zahlungsunwirksame Leistungen wie Pensionsrückstellungen oder Abschreibungen handelt.

Doch was kommt danach? Die Anpassung der Planzahlen an die Rechnungsergebnisse von 2015 ist ein Einmaleffekt und lässt sich nicht ohne weiteres wiederholen. Auch Nachtragshaushalte bedürfen der Genehmigung. Besonders bei den Personalausgaben ist wohl mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen. Durch die restriktive Ermittlung der Haushaltsansätze 2017 hat man sich bestenfalls für ein Jahr Luft verschafft, mehr nicht. Das Signal, das man mit dieser engen Haushaltsführung an das Land sendet, könnte in Mainz auch derart interpretiert werden, dass der Bezirksverband durchaus weitere Einsparpotenziale habe.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sollten deshalb definitiv keinen Zweifel aufkommen lassen, dass das Land endlich eine echte Konnexität herstellen muss, am real existierenden Bedarf orientiert, nicht am Haushalts-Diätplan. Denn die Einnahmenseite des Bezirksverbandes sieht mit der jährlichen Erhöhung der Landeszuweisung um 500 000 € immer noch sehr bescheiden aus. Diese deckt nicht das tatsächliche Defizit der Einrichtungen nach § 15 Bezirksordnung, die reine Landesaufgaben zu erfüllen haben.

Zumal die Zusage des Landes, ein bestimmtes Defizit als unbedenklich einzustufen und damit der ADD in Sachen Personalabbau den Wind aus den Segeln zu nehmen, bisher nur für 2016 gilt und für 2017 noch in den Sternen steht. Vor allem werden weder mit Kreativität in der Buchhaltung, noch mit einer gnädig gestimmten ADD die eigentlichen Probleme der Einrichtungen gelöst. In dem Zusammenhang sei einmal darauf hingewiesen, dass diese fiktive „Verbesserung“ durch eine weitere reale Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zustande kommt, denen die Lebensarbeitszeit verlängert wurde.

70 Prozent der Kosten im Bezirksverband sind Personalkosten. Die Beschäftigten tragen in erheblichem Maße die Lasten der Schwarzen-Null-Politik: Durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Arbeitsverdichtung, z.B. Maßnahmen wie die von der ADD verhängte 6-monatige Einstellungssperre, weiterhin durch Auslagerung in Servicegesellschaften sowie inzwischen sogar über Leiharbeitsbeschäftigungsverhältnisse. Sie hätten dafür mehr als einen feuchten Händedruck und ein Dankeschön verdient, von dem sie sich nichts kaufen können!

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird Sie nicht wundern, wenn sich DIE LINKE im Bezirkstag gegen Privatisierungen, prekäre Beschäftigung und Outsourcing von Arbeitsplätzen ausspricht. Obwohl die Pfalzkl. Service GmbH schon vor 10 Jahren gegründet wurde, und das Pfalzkl. Landeck seine Personalentscheidungen eigenständig trifft, trägt der Bezirksverband als Gewährträger seiner Anstalt und geborenem Mitglied aller Entscheidungsgremien neben der finanziellen auch eine politische und soziale Mitverantwortung. Die Beschäftigten sind häufig Frauen im Niedriglohnbereich. Für sie gilt ein eigener Tarifvertrag mit geringeren Leistungen im Vergleich mit den Angestellten des Pfalzkl. Bei ihrer betrieblichen Altersvorsorge müssen sie den Arbeitnehmeranteil von 2,4 Prozent selber zahlen, was für Beschäftigte in den untersten Lohngruppen eine weitere erhebliche Gehaltseinbuße darstellt! Besonders Frauen erreichen aus familiären Gründen öfter nicht die 60-monatige Mindestbeschäftigungsdauer, ab der sich diese Zahlungen auf die Alterssicherung auswirken.

Die Jahre seit der Gründung der PSG können leider nicht zurückgedreht werden, dennoch appelliere ich an Ihr soziales Gewissen, darauf hinzuwirken, dass die Situation der Beschäftigten der PSG bei zukünftigen Tarifverhandlungen zumindest entschärft wird! Das sogenannte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist bestimmt nicht der große Wurf gegen prekäre Beschäftigung, es schreibt aber wenigstens das Prinzip der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit fest. Der Bezirkstag sollte deshalb seinen Einfluss auf das Pfalzkl. geltend machen und dafür eintreten, dass im nächsten Tarifvertrag der PSG eine Gleichbehandlung bei gleicher Tätigkeit hergestellt und die betriebliche Altersvorsorge für alle Beschäftigten der PSG auf freiwilliger Basis vom Arbeitgeber übernommen wird. Denn es kann nicht angehen, dass man, um den Bezirksverband finanziell zu entlasten, lieber die Schwächsten in unserer Gesellschaft belastet!

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei fast allen Einrichtungen besteht ein beträchtlicher Sanierungsbedarf bei den Gebäuden, es werden notwendige Neubauten oder die energetischen Sanierungen stückchenweise realisiert und in die Zukunft verschoben. Dass diese Vorgehensweise irgendwann auf Kosten der Substanz geht, versteht sich von selbst. Für eine qualitative, zukunftsweisende Weiterentwicklung der Einrichtungen fehlen die finanziellen Mittel. Es bleibt also auch 2017 bei der faktischen Verwaltung des Mangels wie in den vorangegangenen Jahren. Eine Steuerung im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung oder Investitionen in innovative Konzepte und eine zukunftsfeste Ausrichtung der Einrichtungen ist kaum möglich und vollzieht sich, wenn überhaupt äußerst zäh. Die Investitionen in die Einrichtungen des Bezirksverbandes und den Eigenbetrieb LUFA degradieren den Bezirksverband zum Reparaturbetrieb, der Wasserrohrbrüche beseitigt, undichte Dächer instand setzt oder marode Fenster und Türen austauscht. Rund zwei Millionen der mit insgesamt 2,7 Millionen äußerst bescheidenen Investitionen müssen über Kredite finanziert werden, weil das Land zwar Aufgaben überträgt, aber keine auskömmliche Finanzierung dieser Aufgaben bereitstellt. Derivative Finanzierungsinstrumente für die Beschaffung von Krediten laut Haushaltssatzung lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Der Umgang mit Steuergeldern verbietet per se den Abschluss von Wetten auf die zukünftige Entwicklung der Finanzmärkte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bezirksverband als Reparaturbetrieb für Schäden, passt das in das Bild des pfälzischen Parlaments, das während des Jubiläumsjahres so gern vermittelt wird? Die Landesregierung ist in der Pflicht: Sie muss tiefer in die Tasche greifen, wenn die übertragenen Aufgaben in Kultur und Bildung, in Natur- und Verbraucherschutz und nicht zuletzt im Bereich Gesundheit und Soziales auch zukünftig ihren Stellenwert für die Menschen im Land behalten sollen. Wenn man ein Pfalztheater, eine Pfalzgalerie oder eine Pfalzbibliothek haben will, dann muss man dafür sorgen, dass deren kulturelles Angebot mit dem qualitativen Niveau überregionaler Einrichtungen für Kunst und Kultur mithält. Die Vielfalt der Kultur und deren gestalterische Kraft als Basis unseres Menschseins werden dem Diktat der Schwarzen Null und einer Schuldenbremse im Verfassungsrang untergeordnet. Damit legt man die Axt an die Wurzel einer humanistischen Gesellschaft.

Soll die Erfüllung des Haushaltsausgleichsgesetzes zukünftig das sinnstiftende Element für die Pfälzerinnen und Pfälzer sein? Wir als DIE LINKE bleiben bei unserer Auffassung, dass jeder zusätzliche Euro für Kunst und Kultur gut angelegtes Geld ist und jeder Euro, der heute nicht für notwendige Investitionen fließt, von zukünftigen Generationen doppelt ausgegeben werden muss. Fraglich ist nur, ob dann die notwendigen Finanzmittel noch so günstig zu haben sind wie bisher. Die Bauzinsen beginnen bereits anzuziehen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Rolle des Bezirksverbandes bei der Kernzonenerweiterung ist erledigt. Der erfolgreiche Mediator Bezirksverband hat mit geringem finanziellem Aufwand den Ball zurück ins Spielfeld der Landesregierung gespielt, die nun an der Reihe ist, den vereinbarten Flickenteppich aus Klein- und Kleinstflächen in den Rechtsstaus einer Kernzone für den Natur- und Artenschutz zu überführen und der Öffentlichkeit diesen Erfolg zu verkaufen. Das MAB-Komitee und Frau Paulus dürften sich mit den nach Jahrzehnten erreichten 3 Prozent der Waldfläche zufrieden geben und den Biosphärenstatus fortschreiben. Ende gut, alles gut?

Der in der Landesverordnung geregelte umfassende Schutzzweck kann mit diesen Kernzonenfragmenten nicht wirklich gewährleistet werden. Zu mächtig waren die zahlreichen, überwiegend pekuniären Partikularinteressen der Kommunen, der Tourismus- und der Forstwirtschaft. Dies alles geht nicht zusammen mit den Bestimmungen, die für Kernzonen des Biosphärenreservats gelten. Mit dem Projekt „Life Biokorridore“, finanziert von der EU, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Bezirksverband Pfalz und den französischen Partnern soll nun versucht werden, durch Biokorridore aus Altholzflächen, Streuobstwiesen, Hecken oder durchlässigen Bachläufen die natürlichen Wanderwege von Tieren zu erhalten und Ausbreitungsmöglichkeiten für einen naturnahen Pflanzenbewuchs zu schaffen. Die bescheidene Anzahl und Ausdehnung der dadurch geschaffenen Biokorridore für den Artenschutz und den Erhalt der Biodiversität sind letztendlich reine Augenwischerei.

Die B 10 Befürworter haben sich durchgesetzt. Der vierspurige LKW-Korridor wird Realität: Der Ausbau zwischen Hinterweidenthal und Landau steht im Bundesverkehrswegeplan. Die zerschneidende Wirkung dieses Ausbaus mitten durch die Pflegezonen des Pfälzerwaldes, die Abholzung und Versiegelung von Flächen, die Belastungen für Mensch und Natur mit Abgasen und Feinstaub lassen die Kernzonenerweiterung als Miniaturmaßnahme erscheinen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich würde mir wünschen, dass dieselben Leute, die sich mit Vehemenz für großdimensionierten B10-Ausbau und gegen Windkraft eingesetzt haben, sich mit der gleichen Energie für wirkungsvollen Klimaschutz, für Natur- und Artenschutz einsetzen! Es zeigt sich, dass der Konflikt zwischen dem Schutz der natürlichen Ressourcen und den Interessen der Wirtschaft bei weitem nicht gelöst ist. Dieser Konflikt zieht sich auch wie ein roter Faden durch das Handlungsprogramm für den Naturpark Pfälzer Wald. Wollte man den in der Landesverordnung ausgewiesenen Schutzzweck nur in einigen Punkten ernst nehmen und umsetzen wollen, wäre vor allem ein Vielfaches der bereit gestellten Finanzmittel notwendig. Die im Landeshaushalt dafür veranschlagten Mittel sind einfach zu gering.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bezirksverband gefiel sich in seiner Rolle als politische Speerspitze gegen den Windkraftausbau. Mit dem Windkraftmoratorium wurde der Grundstein für die nun erfolgte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans gelegt. Der Pfälzerwald ist vollständig vom weiteren Bau von Windkraftanlagen befreit, die Bürgerinnen und Bürger dürfen den freien Blick auf die bewaldeten Höhen genießen. Global denken und lokal handeln gilt nur für die anderen, nicht für den Windkraftgegner. Soll der Strombedarf in Rheinland-Pfalz aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, werden dafür ca. 50 Prozent Strom aus Windkraftanlagen benötigt. Das Thema Windkraftnutzung im Pfälzerwald steht exemplarisch für den Widerspruch zwischen der politischen Absichtserklärung Energiewende und der realpolitischen Handlung, auch wirtschaftliche Standorte für Windkraftanlagen aus dem Landesentwicklungsplan zu entfernen. Der Bezirksverband hat als Sprachrohr der Windkraftgegner gedacht und gehandelt, leider nur mit Blick bis zum Tellerrand.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verabschiedung des Haushalts des Bezirksverbandes in der vorliegenden Form kann ich nicht zustimmen.

Hambacher Schloss, den 16. Dezember 2016

Brigitte Freihold

DIE LINKE im Bezirkstag der Pfalz